

Zur politischen Ökonomie der Staatsfunktionen

Franz Rabitsch

1 Einleitung

Im Folgenden wird versucht, an Hand einiger zentraler Werke von Nicos Poulantzas den Begriff der Staatsfunktion bzw. der ökonomischen Staatsfunktion kritisch zu hinterfragen. Der Staatsbegriff von Poulantzas richtet sich vor allem gegen technizistische Vorstellungen, die – wie etwa der Keynesianismus – im Staat den rationalen Kern der Gesellschaft sehen. Dabei wird unterstellt, dass unabhängig von politischen, ideologischen und ökonomischen Veränderungen staatliche Steuerungsfunktionen existieren, die bei entsprechendem Personal und mit entsprechender Sachkenntnis eine Lenkung der Wirtschaftsprozesse ermöglichen. Demgegenüber sind bei Poulantzas der Staatsapparat und seine Funktionen durch den widersprüchlichen Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet, der die Staatsfunktionen permanent den gesellschaftlichen Konflikten und den daraus resultierenden Veränderungen unterwirft. Staatliches Handeln ist damit grundsätzlich in sich widersprüchlich. Der Planung und Koordination sind sehr enge Grenzen gesetzt.

2 Die Produktionsweise

Nach Althusser gliedert sich jede Produktionsweise in drei Instanzen: das Ökonomische, das Politische und das Ideologische. Jede Instanz unterliegt eigenen Bewegungsgesetzen, eigenen Widersprüchen und einer eigenen Zeitlichkeit. Darüber hinaus stehen sie in gegenseitiger Abhängigkeit: Was in einer Instanz geschieht, wird nicht ausschließlich durch deren eigene Bewegungsgesetze bestimmt, sondern auch durch die jeder anderen und durch das Zusammenwirken aller in ihrer Gesamtheit.

Die Instanzen haben aber nicht das gleiche Gewicht. Die Ökonomie erweist sich gegenüber den Einflüssen der beiden anderen Instanzen wesentlich stabiler als umgekehrt. Sie bildet den Rahmen für die innere Entwicklung und die Stellung der politischen und der ideologischen Instanz. Man bezeichnet daher das Ökonomische als in letzter Instanz determinierend. Darunter ist zu verstehen, dass das Ökonomische aus seiner Struktur heraus einer der Instanzen die dominierende Stellung zuordnet.

Die Bedeutung der dominanten Position liegt in ihrer Funktion bei der Enteignung der unmittelbaren Produzenten. Durch die dominante Instanz wird eine spezifische Produktionsweise charakterisiert. In der feudalistischen Produktionsweise

war die Politik dominant. Nur mit Hilfe politischer Gewalt konnte sich der Feudalherr die Überschüsse der bäuerlichen Betriebe aneignen. In der kapitalistischen Produktionsweise erfolgt die Aneignung des Mehrwerts ausschließlich durch ökonomischen Zwang. Die Ökonomie ist sowohl determinierend als auch dominant.

Die Struktur der Ökonomie ist durch die Produktionsverhältnisse, d. s. die Beziehungen von unmittelbaren Produzenten und Besitzern zu den Produktionsmitteln, gekennzeichnet. Sie umfassen zwei Aspekte (Poulantzas 1975 b S.18):

- das *ökonomische Eigentum*: Darunter versteht man die Macht der Eigentümer, die Produktionsmittel verschiedenen Verwendungszwecken zuzuweisen und über die Produkte der Arbeit zu verfügen; es dominiert die Produktionsverhältnisse.
- den *Besitz*: Darunter versteht man die Beziehung der Produzenten zu ihren Produktionsmitteln; d. i. die unmittelbare Beherrschung der Arbeitsmittel und die Fähigkeit zur Organisation der Arbeit.

Wie schon erwähnt, weist die Ökonomie aus ihrer Struktur heraus einer der Instanzen die dominierende Position zu. Die Definition der Produktionsverhältnisse erlaubt eine Präzisierung dieses Vorganges. Man betrachte etwa die feudalistische Produktionsweise.

Im Feudalismus fallen Eigentum und Besitz auseinander. Der Lehnsherr ist zwar Eigentümer des Bodens, dieser befindet sich aber auf Grund gewohnheitsrechtlicher Bestimmungen im Besitz des Bauern. Der Lehnsherr kann ihn nicht ohne weiteres von seinem Boden vertreiben. In dieser Konstellation fällt der Politik die entscheidende Aufgabe bei der Enteignung der Produzenten zu. Die persönliche Unfreiheit, die Hörigkeit, erlaubt die Aneignung der Produktion bzw. der Arbeitszeit des Bauern durch die Naturalsteuern oder den Fron. Die Ideologie in Form der Religion spielt nur eine untergeordnete Rolle. Damit ist in der feudalen Produktionsweise das Politische die dominante Größe.

Anders ist die Situation in Indien vor der britischen Invasion. Dort spielt die hinduistische Religion und das Kastenwesen die überragende Rolle bei der Aneignung des Mehrwerts. Politische Auseinandersetzungen sind, im Unterschied zum feudalen Europa mit seinen periodisch wiederkehrenden Bauernaufständen, nahezu unbekannt (Rudra 1981 S. 2144). Das Ideologische ist die dominante Größe.

Dagegen ist die kapitalistische Produktionsweise durch die Einheit von Besitz und Eigentum gekennzeichnet. Die Lohnarbeiter verfügen weder über die Produktionsmittel noch bestimmen sie über ihren Einsatz im Arbeitsprozess. Sie sind zur Arbeit unter den gegebenen Bedingungen gezwungen. Da die ökonomische Gewalt zur Abpressung des Mehrwerts bzw. der Mehrarbeit reicht, ist die Ökonomie sowohl determinierend als auch dominant.

Die Produktionsverhältnisse stecken aber nicht nur das Feld für die Ideologie und die Politik ab, sie bilden auch den Rahmen für die Entwicklung der Produktivkräfte – die Technik. Im Gegensatz zur technozentrischen Sichtweise, die davon ausgeht, dass die Technik die gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzt, bestimmen die Produktionsverhältnisse die Entwicklung der Produktivkräfte (Poulantzas 1975 b S. 21). Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus erfolgte nicht, weil die Windmühle durch die Dampfmaschine abgelöst wurde, sondern weil die kapitalistische Produktionsweise die Bedingungen für die Entwicklung

und den Einsatz der Dampfmaschine geschaffen hat.

Konkrete historische Gesellschaftsformationen umfassen mehrere Produktionsweisen. So setzte sich etwa die kapitalistische Gesellschaft in England, Frankreich oder Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus Elementen der feudalistischen Produktionsweise, Formen der einfachen Warenproduktion und der Manufakturen sowie der kapitalistischen Produktionsweise in Form des Konkurrenzkapitalismus und des Monopolkapitalismus zusammen. In den Ländern der dritten Welt existieren heute neben der kapitalistischen Produktionsweise weiterhin vorkapitalistische Produktionsweisen. In den modernen Gesellschaftsformationen bestehen der Konkurrenzkapitalismus und der Monopolkapitalismus nebeneinander. Alle diese Gesellschaftsformationen sind aber kapitalistische Gesellschaftsformationen, da die kapitalistische Produktionsweise dominant ist.

Die Dominanz einer Produktionsweise über die anderen in einer Gesellschaftsformation bewirkt, dass die Grundstruktur dieser Produktionsweise (d. h. die besonderen Auswirkungen der Determiniertheit in letzter Instanz durch das Ökonomische), die sie spezifiziert, der gesamten Gesellschaftsformation ihren Stempel aufdrückt. In diesem Sinne wird eine historisch determinierte Gesellschaftsformation durch eine besondere Verknüpfung (...) ihrer verschiedenen ökonomischen, politischen, ideologischen und theoretischen Ebenen oder Instanzen näher bestimmt, die im Allgemeinen (trotz möglicher Abweichungen) jene der vorherrschenden Produktionsweise ist (Poulantzas 1975 a S. 13).

3 Staat und Ideologie

Der Staat ist ein gesellschaftliches Verhältnis. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind Klassenverhältnisse. Klassen resultieren aus der Stellung der gesellschaftlichen Agenten im Produktionsprozess. In einer bestimmten Gesellschaftsformation, die aus verschiedenen Produktionsweisen und deren Formen gebildet wird, gibt es immer mehr als zwei Klassen. Verknüpfungen von Klassenpositionen bzw. Klassenbündnisse sind in einer konkreten Gesellschaftsformation der »Block an der Macht« und das »Volk« als Bündnis der herrschenden bzw. beherrschten Klassen (Poulantzas 1975 b S. 24).

Es ist der Block an der Macht, der unter Führung der herrschenden Klasse den Staat dominiert. Der herrschenden Klasse gelingt es, die verschiedenen mit ihr konkurrierenden Positionen und Gesellschaftsgruppen einer Gesellschaftsformation zu neutralisieren und in einer hegemonialen Koalition – dem Machtblock – anzuführen. Dabei werden die Unterschiede der verschiedenen gesellschaftlichen Positionen und deren Ideologien aus der Sicht der herrschenden Gruppe und deren herrschenden Ideologie uminterpretiert und ihres grundsätzlichen Antagonismus beraubt. So wurde z. B. die Aristokratie durch die Jakobiner und das Bürgertum nicht abgeschafft bzw. endgültig unterworfen, sondern auf eine untergeordnete dekorative Position verwiesen. Die Forderungen der immer stärker werdenden Arbeiterklasse wurden dagegen im Laufe des 19. Jahrhunderts teilweise vom Bürgertum aufgenommen und in der Form des Revisionismus und Trade Unionismus systemkonform transformiert (Laclau 1981 S. 141).

Die Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaftsformation materialisieren sich in den Staatsapparaten (Behörden, Militär, Regierung). In diesen verdichten sich die gesellschaftlichen Widersprüche in dem Sinne, dass sich die verschiedenen Inter-

essen überschneiden und die jeweilige Position überdeterminieren. Das heißt, diese Position befindet sich in einem labilen Gleichgewichtszustand, der von Veränderungen der Interessenskonstellationen und der Machtverhältnisse unmittelbar berührt wird.

Die Funktion und die Position des Staates werden durch die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen bestimmt. Historisch hat sich der Staat aus der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Hand- und Kopfarbeit entwickelt. Bestimmte Aufgaben, die ursprünglich horizontal, d. h. im Sinne eines gemeinsamen konsensualen Vorgehens geregelt wurden, sind von einer übergeordneten Instanz und deren Beamtenapparat an sich gezogen worden. Es entstand eine Kompetenz/Inkompetenzstruktur mit einer vertikalen, d. h. von oben nach unten gerichteten Vergesellschaftung (Haug 1993 S. 49 f).

Die Produktionsverhältnisse und ihre Widersprüche bilden auch den Rahmen, in dem das Denken stattfindet (Hall 1984 S.120). Der praktische Widerstand gegen die vertikale Vergesellschaftung führt zur Artikulation dieses Widerspruchs. Denken, das die Widersprüche einer Produktionsweise auf Grund der jeweiligen Interessenslage nicht mitreflektiert oder sie zu negieren versucht, ist ideologisch. Durch die mit der Ausbildung der Arbeitsteilung entstandene Kompetenz/Inkompetenzstruktur wird daher Ideologie mitproduziert. Die sich über die Gesellschaft erhebenden Strukturen vergesellschaften damit den Menschen sowohl praktisch als auch theoretisch/ideologisch, da die vertikale Vergesellschaftung tendenziell im Denken gerechtfertigt wird. Staat und Ideologie lassen sich daher nicht einfach voneinander trennen.

Engels nennt die aus der vertikalen Vergesellschaftung resultierenden Institutionen – den Staat, das Recht – ideologische Mächte. Die ideologischen Mächte sind nicht die Ursache, sondern die Folge der vertikalen Vergesellschaftung: »Die erste ideologische Macht ist der Staat« (Engels, zit. nach Haug 1993 S. 48). Engels versteht ihn als »gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft« oder »entfremdete gesellschaftliche Macht«. Sie ist mit einem Gewaltapparat gepanzert (ebenda S. 49). Nach Althusser, der zwischen dem repressiven Staatsapparat (z. B. Armee, Polizei, Beamtschaft, Verwaltung) und dem ideologischen Staatsapparat (Schule, Familie, Gewerkschaft) unterscheidet, gehören alle Institutionen der Vergesellschaftung zum Staat (ebenda S. 51).

Poulantzas steht der Trennung in ideologischen und repressiven Staatsapparat reserviert gegenüber, da sie dem Staat keine aktive Rolle im Bereich des Ökonomischen, besonders in der erweiterten Reproduktion¹ einer Gesellschaftsformation, zugesteht (Poulantzas 1978 S. 155). Weder im Konkurrenzkapitalismus noch im Monopolkapitalismus ist eine eindeutige Trennung der beiden Funktionen von der ökonomischen Staatsfunktion möglich.

4 Die Staatsfunktionen

Die wesentliche Aufgabe des Staates besteht darin, die politische Einheit und den Zusammenhalt einer Gesellschaftsformation aufrecht zu erhalten; er hat die zentrale *politische Funktion* eines Kohäsionsfaktors (Poulantzas 1975 a S. 43), bzw. organisiert er, wie Poulantzas später formuliert, ein instabiles Kompromissgleichgewicht. Diese Funktion macht aus ihm den Ort, an dem sich die verschiedenen

Widersprüche zwischen den Instanzen verdichten. Der Staat ist daher in sich gespalten und inkohärent. Besonders deutlich wird das in einer konkreten historischen Gesellschaftsformation mit unterschiedlichen Produktionsweisen. Selbst wenn sich eine der Produktionsweisen so weit durchsetzt, dass sich ihre Gesetze und Tendenzen verallgemeinern, besteht durch die vielfachen Ungleichzeitigkeiten ein enormes Spannungsverhältnis zwischen den verschiedenen Produktionsweisen und ihren Instanzen, das vom Staat ausgeglichen werden muss (Poulantzas 1975 a S. 45).

Je nach Instanz, auf die sich die Kohäsionsfunktion bezieht, wird eine technisch-ökonomische, eine ideologische und eine politische Staatsfunktion unterschieden. Diese Funktionen sind jedoch nur Ausformungen der globalen Kohäsionsfunktion des Staates und immer durch das Politische überdeterminiert (Poulantzas 1975 a S. 49).

Die konkrete Ausformung der staatlichen Kohäsionsfunktion richtet sich nach den Grenzen, welche die jeweils dominante Produktionsweise einer Gesellschaftsformation dem Staat zieht. Sie bestimmen sowohl die Strukturen und die Institutionen, die zum Staat gehören, als auch den Umfang seiner Eigenständigkeit.

Gesellschaftsformationen, in denen die kapitalistische Produktionsweise dominiert, sind durch die relative Autonomie des Staates gegenüber der Ökonomie gekennzeichnet. D. h., die Politik spielt bei der Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwerts keine entscheidende Rolle. Das drückt sich darin aus, dass der Kapitalist im Allgemeinen nicht Politiker ist. Im Feudalismus fallen dagegen das Ökonomische und das Politische im Feudalherrn zusammen. Die Politik ist unmittelbar mit der Ökonomie verbunden.

Der Grad der Unabhängigkeit des Staates von der Ökonomie bestimmt auch die Position der einzelnen Staatsfunktionen. Die Dominanz des Politischen im Feudalismus geht mit der Dominanz der ökonomischen Staatsfunktion einher. Die relative Autonomie des Staates in der kapitalistischen Produktionsweise ist daher mit der Dominanz der politischen über die ökonomische Staatsfunktion verbunden. Das bisher größte Ausmaß an Autonomie hat der Staat in der Phase des liberalen kapitalistischen Staates erreicht.

Der Umfang der Autonomie des Staates und damit die Bedeutung der Staatsfunktion ist aber nicht eindeutig bestimmt, da sich eine Produktionsweise niemals identisch reproduziert (Balibar 1994 S. 37). Selbst wenn die Produktionsverhältnisse, wie in den letzten zwei Jahrhunderten, im Kern unverändert bleiben – also die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln unangetastet bleibt – haben die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu weit reichenden Modifikationen der kapitalistischen Produktionsweise geführt.

Der Ursprung dieser Modifikation liegt in den Produktionsverhältnissen, genauer in den seit Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmenden Auseinandersetzungen um die Länge des Arbeitstages. Der Übergang von der absoluten zur relativen Mehrwertproduktion war die spezifische Antwort des Kapitals auf den aus den Erfolgen dieser Klassenkämpfe drohenden Fall der Profitrate.

Die Veränderungen in den Produktionsverhältnissen bewirken wegen der damit verbundenen Massenproduktion die Auflösung der einfachen Warenproduktion und die Kapitalkonzentration in Form des Monopolkapitals. Der Konkurrenzsektor übernimmt nur noch komplementäre Funktionen und folgt weitgehend

dessen Entwicklungsrhythmus. Zugleich kommt es zur massiven Zunahme der Lohnarbeiterschaft und zur Auflösung der überkommenen Sozialstrukturen (Altersversorgung, Gesundheitswesen) einerseits sowie zur Reorganisation des Raumes durch die Trennung von Arbeitsplatz und Wohnort (Wohnbau, Verkehr) andererseits, die etwa in Deutschland bis in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts andauert (Lutz 1984 S.138).

In dieser Situation ist der Staat als zentrale politische Instanz gezwungen – ohne in den eigentlichen Kern der Produktionsverhältnisse einzugreifen – im Allgemeininteresse der Bourgeoisie die politische (allgemeines Wahlrecht usw.) und ökonomische Integration der Lohnarbeiterschaft zu organisieren. Der Staat wird also verstärkt in die erweiterte Reproduktion eingebunden, sodass gegenüber dem Konkurrenzkapitalismus ein gewisser Autonomieverlust des Staates mit einer Bedeutungszunahme der ökonomischen Staatsfunktionen zu verzeichnen ist (Poulantzas 1975 a S. 53).

5 Die ökonomischen Staatsfunktionen

Ausgangspunkt der Überlegungen Poulantzas zu den ökonomischen Staatsfunktionen ist der tendenzielle Fall der Profitrate². Da der Staat nicht unmittelbar in die Produktionsverhältnisse, d. h. in die Mehrwertproduktion intervenieren kann, konzentriert er sich einerseits auf gegensteuernde Maßnahmen im Bereich der Verteilung des Mehrwertes durch Kapitalentwertung und erhöht damit die Durchschnittsprofitrate. Andererseits trifft er Maßnahmen zur Erhöhung der relativen Mehrwertproduktion – vor allem durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität (Poulantzas 1978 S. 159f und 1975 b S.145f).

Die Maßnahmen im Rahmen der Kapitalentwertung betreffen die industrielle Umstrukturierung. Während die Kapitalentwertung im Konkurrenzkapitalismus und bis in die Mitte unseres Jahrhunderts weitgehend unkontrolliert in Form von Wirtschaftskrisen und Kriegen erfolgte, geschieht dieser Prozess seither, als Konsequenz aus den vorangegangenen negativen Erfahrungen, vor allem mit Hilfe des Staates, da

... es weder im Gesamtkapital noch auch nur innerhalb des Monopolkapitals eine Instanz gibt, die in der Lage wäre anzuordnen, wer sich für den Aufschwung der anderen zu opfern hat. (...) Die staatliche Ausarbeitung von Taktiken erlaubt dem Engagement des Staates eine gewisse politische Kampfesregulierung (die jedoch immer relativ bleibt: sie schafft ein instabiles Kompromißgleichgewicht). (Poulantzas 1978 S. 168)

Unter dem Aspekt der Kapitalentwertung ist auch die Tätigkeit weiter Teile der Verstaatlichten Industrie zu sehen, die unter dem ökonomischen Eigentum des Kapitals, welches gegenüber dem juristischen Eigentum entscheidend ist, mit unterdurchschnittlichen Profitraten arbeiten und damit Mehrwert in andere Sektoren der Wirtschaft transferieren (Poulantzas 1978 S. 160 f). Ein weiterer Bereich der Kapitalentwertung, der von Poulantzas allerdings nicht erwähnt wird, sind die Abschreibungen. Die permanente Entwertung des Kapitals durch die Abschreibungsmöglichkeiten erlaubt eine Verstetigung des Wirtschaftsprozesses, ist aber andererseits eine Quelle der Inflation (vgl. Aglietta 1987 Kap. 6).

Der zweite, für Poulantzas wesentlich wichtigere Bereich staatlicher Interventionen betrifft die Steigerung des relativen Mehrwerts. Dabei handelt es sich ei-

nerseits um unmittelbare Maßnahmen zugunsten des Kapitals – einschließlich der Privatisierung – und andererseits um Maßnahmen, welche die erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft betreffen und die häufig unter dem Begriff des Wohlfahrtsstaates subsumiert werden und wovon das Kapital nur mittelbar profitiert.

Der erste Aspekt umfasst einmal eine Reihe von Regelungen wie Subventionen und Vorzugstarife für das Monopolkapital oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen; weiters die staatliche Auftragserteilung einschließlich der Militärausgaben (Poulantzas 1975 b S. 145). Dabei stößt der Staat aber auf den Widerstand der nicht bevorzugten Gruppen, wodurch einem planmäßigen Handeln Grenzen gesetzt sind. Von entscheidender Bedeutung sind hier jedoch Maßnahmen zugunsten des Kapitals, die den Produktionsprozess und die Steigerung der Arbeitsproduktivität betreffen. Die Veränderung der Produktionsverhältnisse durch die Taylorisierung der Arbeit erlaubt den Einsatz neuer Technologien. Der Staat spielt bei der Unterstützung dieser Veränderungen im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Forschung, der Reproduktion der Arbeitskraft über ihre schulische Qualifikation und dem Transportwesen eine zentrale Rolle.

Der Umfang staatlicher Tätigkeit ist nicht eindeutig bestimmt. Genauso wie die Verstaatlichung vollzieht sich auch die Privatisierung vor allem im Interesse der Gesamtbourgeoisie. Derzeit überschneidet sich der Vorgang der Deregulierung bzw. – in heutiger Terminologie – der Liberalisierung mit der Rolle des Staates bei der Internationalisierung. Aus dem Zusammenspiel realwirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Interessen (wobei erstere determinierend sind)³ folgt die weitgehende Öffnung der nationalen Märkte für das internationale Kapital. Der so erzwungene Rückzug des Staates fördert die Kapitalkonzentration u. a. auf dem Telekommunikationssektor und in der Elektrizitätswirtschaft. Dabei handelt es sich vor allem um den Rückzug zugunsten des internationalen Kapitals der wichtigsten kapitalistischen Länder. Bei der Privatisierung der Versicherungsanstalten handelt es sich zugleich auch um die Zerschlagung eines, wie stark auch immer deformierten, Selbstverwaltungskörpers der Lohnarbeiterschaft und um die Einbeziehung dieses Kapitals in die ausschließlich private Verfügungsgewalt.

Der zweite Aspekt der Produktion von relativem Mehrwert betrifft die Rolle des Staates bei der erweiterten Reproduktion der Arbeiterklasse und wird häufig unter den so genannten wohlfahrtsstaatlichen Funktionen zusammengefasst. Entgegen den durch den Begriff der Wohlfahrt suggerierten Vorstellungen wird die Verwaltung der Arbeitskraft nicht durch Umverteilung zwischen den Klassen gesichert, sondern der Anstieg der Soziallöhne erfolgt mittels Besteuerung durch das Absenken desjenigen Teils des Gesamteinkommens, über das die Lohnempfänger frei verfügen können (Mandel Bd. 1 S. 398).

Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise führen die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital entsprechend der Stärke der beiden Fraktionen in der Regel nur zu einer Modifikation der kapitalistischen Reproduktion. Die Forderungen der Arbeiterklasse werden vom Machtblock entsprechend transformiert. Unter diesem Aspekt sind auch die Sozialleistungen zu sehen. Da die mittels des Soziallohns bezahlten Leistungen der Privatwirtschaft (Pharmazie usw.) den Profit der anderen Kapitalfraktionen verringern, wird das Ausmaß des Soziallohnes und damit der Sozialleistungen wesentlich durch die Stärke der einzelnen Kapitalfraktionen bestimmt. Die wegen ihrer derzeitigen politischen Schwäche

geringere Notwendigkeit, die Massenloyalität der Lohnarbeiterschaft zu sichern, führt zu einer Schwächung der Industrien, die in die erweiterte Reproduktion der Lohnarbeiterschaft involviert sind. In der Veränderung dieses – letztendlich auf die geschwächte Position der Lohnarbeiterschaft zurückgehenden – Kräfteverhältnisses zwischen den Kapitalfraktionen sind die Wurzeln der derzeitigen Finanzierungsschwierigkeiten im öffentlichen Bereich zu suchen. Bei gegebenen Finanzierungsbedingungen für den Staat (Steuern und Kreditkonditionen) führt das zur zunehmenden Staatsverschuldung bzw. erfordert der Abbau der Staatsschuld u. a. einen Abbau der Sozialleistungen. Daher ist nicht, wie oft behauptet, die Dominanz des Finanzkapitals die Ursache der Staatsverschuldung. Die Finanzierungsschranken für den Staat und damit die Staatsverschuldung sind Folgen von politischen und realwirtschaftlichen Veränderungen.

Dasselbe gilt auch für die oft als Ursache für die Finanzierungsprobleme im Bereich des sozialen Konsums betonten demographischen, technischen (Baumol'sche Kostenkrankheit) oder psychologischen (Maslow'sche Bedürfnishierarchie) Aspekte. Es handelt sich hier nicht, wie häufig dargestellt, um quasi naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten des demographischen Wachstums oder des technischen Fortschritts⁴, sondern um abgeleitete Probleme, die aus der langfristigen kapitalistischen Entwicklung folgen. So ist etwa der Anstieg der Empfänger von Sozialleistungen jeder Art unter dem Aspekt der Auflösung der nichtkapitalistischen Produktionsweisen, aber auch aus der für Europa ungewöhnlich langen Friedensperiode der letzten 50 Jahre zu betrachten.

Insgesamt sind die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen in ihrem Umfang variabel und sind dem Staat aufgezwungen worden; entweder durch direkte gesellschaftliche Auseinandersetzungen oder – wie etwa im Deutschland Bismarcks – durch den Versuch des Staates, diese Auseinandersetzungen rechtzeitig zu entschärfen (Poulantzas 1978 S. 170). Es handelt sich dabei auch keineswegs um Maßnahmen ausschließlich zugunsten des Volkes, sondern um Anpassungen im Prozess der erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft, bei der neben politisch-ideologischen Elementen immer auch repressive Züge mitwirken.

Man kann nie genug betonen, daß die verschiedenen »sozialen« Dispositionen des Wohlfahrtsstaates im Hinblick auf die Reproduktion der Arbeitskraft und in den Bereichen der kollektiven Konsumtion immer auch Interventionen zur politisch-polizeilichen Kontrolle und Verwaltung dieser Arbeitskraft sind. (...) Die Netze der Sozialfürsorge, die Regelkreise der Arbeitslosenhilfe und der Arbeitsvermittlungsbüros, die materielle Organisation der Planung sogenannter »Sozial«wohnungen, die spezifischen Ausbildungsstufen (...), Heime und Hospitäler sind ebenfalls politische Orte der juristisch-polizeilichen Kontrolle der Arbeitskraft. (Poulantzas 1978 S.171)

6 Schlussfolgerung

Dem Staat sind trotz seiner umfangreichen Interventionen zwei klare Schranken gezogen. Einerseits kann der Staat nicht intervenieren. Der Monopolkapitalismus macht die beschriebenen Staatseingriffe in die erweiterte Reproduktion unumgänglich. Andererseits kann der Staat auf Grund der relativen Autonomie des Politischen vom Ökonomischen nicht in den harten Kern der kapitalistischen Produktionsweise – die Eigentumsverhältnisse – intervenieren. Daher ist das Handeln des Staates

... größtenteils (natürlich innerhalb einer globalen hegemonialen Strategie) ein reaktives und punktuellles Zusammenbasteln von Maßnahmen gegenüber Bedingungen, die der vom Staat nicht zu beherrschende Verwertungsprozeß des Kapitals bereits fixiert hat. Die Reproduktion kann nicht ohne eine Intervention in den harten Kern der Produktionsverhältnisse wirklich kontrolliert werden: Man kann die Auswirkungen nicht beherrschen, wenn man die Ursachen nicht in den Griff bekommt. Die staatlichen Maßnahmen sind also im wesentlichen Interventionen a posteriori, die sich gewissermaßen mit den Konsequenzen und Symptomen des ökonomischen Prozesses auseinandersetzen und durch Reaktionen und Reflexe die ökonomischen Widersprüche regulieren sollen. Die häufig ins Schwarze hinein getroffenen Interventionen a priori können nicht über bestimmte elementare Maßnahmen hinausgehen, die für den Verwertungsprozeß des Kapitals im allgemeinen und die kapitalistischen Extraprofiten unumgänglich sind. Darin liegen die Grenzen der kapitalistischen Planung ... (Poulantzas 1978 S. 177)

Die Unmöglichkeit, diese Schranken zu überschreiten, setzt dem Staat laut Poulantzas eine ganze Reihe von Grenzen zweiten Grades (Poulantzas 1978 S. 177) und macht das ökonomische Konzept des Staates als Puffer oder Sicherheitsventil der ökonomischen Krisen, wie es von den Keynesianern vertreten wird, äußerst problematisch. Das hat auch weitreichende politische Konsequenzen. Da der Staat in den Bereichen Konsum, Zirkulation, Währungs- und Finanzpolitik nur auf Entwicklungen reagieren kann, die sich aus den Veränderungen in diesem harten Kern ergeben haben, wird er zum »Resonanzkasten« der Reproduktionskrisen der gesellschaftlichen Verhältnisse (Poulantzas 1975 b S. 150). Durch die aus den Veränderungen in den Produktionsverhältnissen erzwungenen Eingriffe in die erweiterte Reproduktion wird die ökonomische Krise in eine politische Krise transformiert. Es kommt zu dem von Poulantzas unter dem Begriff »autoritärer Etatismus« konstatierten Bedeutungsverlust demokratischer Institutionen zugunsten der Verwaltung.

Anmerkungen

- 1 Der sich häufig nur auf den ökonomischen Akkumulationsprozess beziehende Begriff der erweiterten Reproduktion wird hier weiter gefasst und beinhaltet die über das Ökonomische hinausgehende gesamtgesellschaftliche Reproduktion. Das bedeutet für die kapitalistische Produktionsweise, dass mit der ökonomischen Reproduktion nicht nur die Klassenverhältnisse als Lohnverhältnisse, sondern auch die jeweiligen ideologischen und politischen Verhältnisse mitproduziert werden.
- 2 Die Profitrate wird von Poulantzas (vgl. Poulantzas 1975 b S. 94) in erster Linie als gesellschaftlicher und nicht als technischer Zusammenhang verstanden.
- 3 Die Reproduktion des Gesamtkapitals wird bei Poulantzas immer durch das mehrwerterzeugende produktive Kapital determiniert (Poulantzas 1975 b S. 96). Genauso wie das Ökonomische innerhalb einer Produktionsweise in letzter Instanz determinierend ist und einer der Instanzen die dominierende Position zuweist, so ist innerhalb des Kapitals das produktive Kapital determinierend. Es weist einer der Kapitalfraktionen – derzeit dem Finanzkapital – die dominierende Position zu. Ausgangspunkt der Privatisierung sind aber die schwierigeren Verwertungsbedingungen des produktiven Kapitals (Roth S. 227).
- 4 Vergleiche etwa zwei so unterschiedliche Autoren wie Aglietta (Aglietta 1987 S. 166 ff) oder Leslie (Leslie 1993 Kap. 2).

Literatur

- Aglietta, M. 1987. *A Theorie of Capitalist Regulation. The US Experience*. London/New York.
- Balibar, E. 1994. Strukturele Kausalität, Überdetermination und Antagonismus in: Henning, B., Müller, J. K., Reinfeldt, S. (Hrsg.). *Denk-Prozesse nach Althusser*. Hamburg.
- Hall, S. 1984. Ideologie und Ökonomie – Marxismus ohne Gewähr. In: Haug, W. F. 1984. *Die Camera Obscura der Ideologie*. Berlin-West.
- Haug, W. F. 1993. Umriss zu einer Theorie des Ideologischen. In: Haug, W. F. 1993. *Elemente einer Theorie des Ideologischen*. Erstveröffentlichung 1979. Berlin-West.
- Laclau, E. 1981. *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus-Faschismus-Populismus*. Berlin-West.
- Leslie, D. 1993. *Advanced Macroeconomics*. London.
- Lutz, B. 1984. *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt/New York.
- Mandel, E. 1972. *Marxistische Wirtschaftstheorie*. 2 Bände. Frankfurt am Main.
- Poulantzas, N. 1975 (a). *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*. Frankfurt am Main.
- Poulantzas, N. 1975 (b). *Klassen im Kapitalismus – heute*. Berlin-West.
- Poulantzas, N. 1978. *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*. Hamburg.
- Roth, R. 1999. *Das Kartenhaus. Ökonomie und Staatsfinanzen in Deutschland*. Frankfurt am Main.
- Rudra, A. 1981. *Against Feudalism*. In: *Economic and Political Weekly*. December 26.